

Der Karneval des Irrsinns



Es ist also mal wieder so weit: ein Castor rollt durch unser Land, und mit ihm eine Parade der Subkulturen, ein Karneval des Irrsinns, ein Festival der Anarchie. Grüne und Linke kämpfen an forderster Front für die vermeintlich gute Sache, die bei nüchterner Betrachtung jedoch das genaue Gegenteil ist: der Offenbarungseid einer verlogenen Ideologie, die selbst der „grünen“ Sache schlussendlich mehr schadet als nützt. Zeit für ein Resümee der Widersinnigkeiten.

(Von Frank Furter)

Um es vorweg zu nehmen: wenn Menschen, die in Gärten und Umgebungen wohnen, sich dagegen wehren, dass Atommüll quasi in ihrem Garten gelagert werden soll, dann ist das nur allzu gut verständlich. Niemand würde sich so etwas in seiner unmittelbaren Umgebung wünschen, so wie niemand neben einem Atomkraftwerk wohnen möchte, oder neben einer Autobahn, oder in der Einflugschneise eines Großflughafens.

Dennoch braucht es Atomkraftwerke, und Autobahnen, und Großflughäfen, um damit direkt und indirekt die notwendigen strukturellen Grundlagen für jene Wirtschaftskraft zu legen, der unser Land schlussendlich seinen Wohlstand verdankt. Wer auf der einen Seite eine Politik proklamiert, zu deren

elementarem Wesen das Umverteilen von Wohlstand – man nennt das in linken Kreisen „Soziale Gerechtigkeit“ – gehört, auf der anderen Seite aber gegen jede industrielle, wirtschaftliche und infrastrukturelle Säule ebendieses Wohlstandes sprichwörtlich auf die Barrikaden geht, belügt sich selbst, und offenbart ein politisches Weltbild, das ausnahmslos auf destruktivem Widerstand gebaut ist – nicht aber auf konstruktiver Gestaltung, und schon gar nicht auf realistischer Evalierung von Problemen und Lösungsansätzen.

Eklatant ist die inhaltliche Widersprüchlichkeit auf Seiten der Grünen:

Die Demonstration in Gorleben seien so wichtig, weil dort ein breites Bündnis zeigen könne, wie gefährlich falsch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung sei

wird Claudia Roth auf der Homepage der Grünen zitiert. Zudem richte sich der Protest gegen eine Festlegung von Gorleben als Endlager. Das wirft zwangsläufig die Frage auf, was denn mit dem Atommüll geschehen soll. Dieser ist ja schließlich keine schwarz-gelbe Mär, sondern real-existierendes Produkt unserer Gesellschaft; und wird sich durch Demonstrationen nicht in Luft auflösen. Tatsächlich muss man davon ausgehen, dass die Grünen auch gegen jedes andere Endlager demonstrieren würden, da eben dies die Natur ihrer Politik ist – und das Geheimnis ihres Erfolges: das Dagegen-Sein. Lösungen-finden steht hingegen nicht auf ihrer Agenda; dazu fehlt ihnen schlicht und einfach die Kompetenz.

Ein weiteres Paradebeispiel für eklatante Widersprüchlichkeit liefert die Linkspartei, die sich ebenfalls aktiv am Protest beteiligt. Deren Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag, Manfred Sohn, kommt aktuell bei FAZ.net zu Wort. Gefragt nach seiner Meinung zum so genannten „Schottern“ (das Entfernen von Schotter aus dem Gleisbett der Bahnstrecke) gibt er die vielsagende Antwort, „er könne den Aufruf zum Schottern

nicht unterstützen, sich davon distanzieren aber auch nicht – das sei immerhin ein mutiges Vorgehen“. Das ist wohl genau das, was die Musiker der Gruppe „Fettes Brot“ einst meinten, als sie einem Lied den Titel „Jein“ gaben.

Etwas konkreter als Manfred Sohn wird laut FAZ.net die Lüneburger Staatsanwaltschaft, die für einen öffentlichen Aufruf zum Schottern nur wenig Verständnis zeigte. „Sie sandte am Freitag, also unmittelbar vor dem Castor-Transport, vielen der 1800 Unterzeichnern des Aufrufs die Eröffnung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens zu – dabei geht es nach Lüneburger Überzeugung um einen gefährlichen Eingriff in den Schienenverkehr.“

Ein gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr – und das genau dort, wo ein mit Atommüll beladener Zug vorbei fahren soll? Das untermauert ebenjene eklatante Widersprüchlichkeit: da wird gegen etwas demonstriert, weil es gefährlich sei, und mit den in Sabotage ausufernden Protesten genau das, was unbestritten gefährlich ist, noch viel gefährlicher gemacht. Unter Zustimmung und Beifall von Politikern – wohlgemerkt. Tatsächlich liegt jedem Anschlag auf einen Castortransport die aberwitzige Annahme zu Grunde, dass die verhasste Staatsmacht den Erfolg ebendieser Anschläge schon irgendwie verhindern werde. Gleichwohl scheint gerade unter den offensichtlichen Feinden der Technologie das Vertrauen in die Sicherheit des Castors am größten, während die meisten derer, die in Sachen Kernkraft weit weniger hysterisiert sind, lieber einen großen Bogen um die potenzielle Katastrophe machen.

Das ist schon beachtlich! Und längst nicht der Widersprüchlichkeit genug, wie das große Ganze zeigen wird. Freilich, im linken und grünen Lager wird man all diese Verbrechen an Logik und Vernunft der obersten Doktrin unterordnen: Atomkraft, nein danke! Was auch immer dazu beiträgt, den Atomausstieg durchzusetzen, ist schon von daher legitimiert. Der Zweck heiligt die Mittel. Schwarz-Gelb sei ohnehin von der „Atommafia“ gekauft, und die Mehrheit der

Gesellschaft, vermutlich sogar ihre Mitte, steht voll und ganz hinter dem Getöse.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie aus einer Bewegung am linken politischen Rande über Nacht die selbsternannte Mitte wird. Die Mehrheit der Gesellschaft – zumindest die Mehrheit derer, die zu wählen gewillt waren – hat bei der letzten Bundestagswahl Schwarz-Gelb gewählt, wohlwissend, dass die der Atomkraft weit positiver gegenüber stehen, als die Rot-Grüne Gegenseite. Man könnte fast meinen, in Augen der Grünen gehörten nur jene zur Gesellschaft, die ihre Meinung bei Protesten und Demos für die „grüne“ Sache kundtun. Den Rest der Menschen ignoriert man einfach: ich demonstriere, also bin ich. Du demonstrierst nicht? Also bist Du nicht.

Vorbei scheint die Zeit, in der politische Entscheidungen in Parlamenten getroffen wurden. Die Demokratie kann ruhig entscheiden, was sie will – passt es den Grünen nicht in den Kram, wird halt so lange dagegen demonstriert und ranadaliert, schlimmstenfalls manipuliert und sabotiert – bis „die da oben“ endlich nachgeben. So funktioniert es bei Stuttgart21, so funktioniert die Anti-Atombewegung seit eh und je. Als Rot-Grün vor einigen Jahren – ebenfalls gegen den Willen vieler Menschen, die keine Lust auf horrend-hohe Strompreise haben – den Atomausstieg beschloss, hat die Gegenseite nicht demonstriert, sondern sich mit der demokratisch gefällten und politisch legitimen Entscheidung abgefunden. Erleben wir gerade den Sieg der Meute über die Zivilisierten?

Sollte dem so sein, tragen die Medien wie so oft einen beachtlichen Teil dazu bei. Geradezu verniedlichend wird berichtet über die „engagierten“ Menschen, die sich für die „gute Sache“ einsetzen. So einfach und banal wird heutzutage gut und böse definiert: die Regierung ist böse, da sie die ganz besonders böse Atomkraft weiter nutzen will. Die Opposition ist gut, da sie für eine „saubere, grüne, soziale“ Welt kämpft, gegen die von der Atomlobby korrumpierten

Regierenden. Das mag nicht die Aussage jedes Leitartikels und Kommentars zu dem Thema sein, es erscheint aber doch wie die unterschwellige Message, nimmt man alles gehörte, gesehene und gelesene zu diesem Thema zusammen.

So einfach und so simpel ist es aber nicht – und das gilt durchaus für beide Seiten. Die peinliche Art und Weise, wie Regierungen (rot-grüne inklusive, schwarz-gelbe aber auch) mit dem Thema Endlager über Jahrzehnte umgegangen sind, wie Milliarden an Steuergeldern sprichwörtlich verbuddelt wurden und versickert sind, ist mehr als ärgerlich, und zeigt, dass in der Kausa Kernkraft offensichtlich Strukturen geschaffen wurden, die erstens nicht effizient sind, zweitens überfordert, und drittens schlimmstenfalls von industriellen Interessen überlagert. Schließlich ist es ja nun mal so, dass jener strahlender Atommüll die zu erwartende Halbwertszeit der Menschheit bei weitem übertrifft. Nichtsdestotrotz dürfte das Problem lösbar sein, stünde nicht der elementare Konflikt im Raum, dass die Industrie mit der Atomkraft zwar Geld verdient, die Entsorgung der Überbleibsel aber einem offensichtlich überforderten Staatsapparat überlassen wird – da hat sich im übrigen auch unter Rot-Grün nichts dran geändert, und die wiederum hatten sieben Jahre Zeit, sich des Themas anzunehmen.

Doch alles, was Rot-Grün in Sachen Atomkraft beschlossen hat, war der Ausstieg. Damit verbunden war nicht nur das geplante Abschalten deutscher Atomkraftwerke, sondern auch der Ausstieg aus dazu gehöriger Forschung, was zur Folge hat, dass in Sachen Atomkraft mittlerweile andere Länder, allen voran die Japaner, die Nase vorne haben. Dort ist man – wie übrigens auch im Rest der Welt – längst nicht so hysterisch in Sachen Atom wie hierzulande. Tatsächlich gibt es eine vergleichbare Protestkultur – zumindest was Umfang und Radikalisierung angeht – nicht einmal in ähnlich linken europäischen Nachbarstaaten.

Dabei sind die Grundlagen dessen, worum es hier geht, denkbar einfach, und überhaupt kein Grund zur Hysterie: Atomkraft,

oder besser gesagt Kernenergie, ist ein elementarer Bestandteil der Natur. Sie ist in jedem Atomkern enthalten, hält ihn – vereinfacht gesagt – in seinem Inneren zusammen, und überwindet jene elektrische Energie, die eigentlich dazu führen würde, dass sich positiv geladene Protonen abstoßen, weswegen es – ohne jene Kernenergie – gar keine Atomkerne geben würde. Eine Welt ohne Atomkraft wäre also wenig wünschenswert, da es uns dann schlicht und ergreifend gar nicht geben würde. Diese simple physikalische Tatsache zeigt, wie abgrundtief dämlich das berühmte „Atomkraft, Nein Danke“ ist.

Kernenergie ist etwas gutes, essenzielles, unverzichtbares, ohne die es das Universum, wie wir es kennen, nicht geben würde – das sollte man zu ihrer Verteidigung ruhig einmal betonen. Die Art und Weise jedoch, wie die Menschheit sich diese Energieform derzeit zunutze macht, ist alles andere als optimal. Es entstehen radioaktive Moleküle mit hohen Halbwertszeiten, ebenjener Atom Müll, für dessen Endlagerung man nach wie vor keine Lösung gefunden hat. Ein Anreiz für die Industrie, dieses Problem zu lösen, besteht faktisch nicht, da die Folgen auf die Gesellschaft abgewälzt werden können. Dabei ist die Frage nach einem Endlager für bereits produzierten Atom Müll nur die eine Seite der Medaille; viel interessanter erscheint hingegen die Fragestellung, ob es nicht auch andere Mittel und Wege geben könnte, diese elementare, allgegenwärtige und wissenschaftlich betrachtet überhaupt nicht-böse Form der Energie nutzbar zu machen.

An dieser Stelle darf man die Industrie auch einmal in Schutz nehmen, beziehungsweise sich in ihre Rolle hineinversetzen: es ist nicht das Ziel von Unternehmen, die Welt zu retten, sondern Geld zu verdienen. Die Grundlagen jener Methodik, mit der Kernenergie heutzutage mittels Spaltung für die Menschheit nutzbar gemacht wird, wurden in den 40er- und 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gelegt – in der theoretischen Physik sogar noch früher. Freilich wurde seitdem an Sicherheit und

Effizienz von Atomkraftwerken gearbeitet, und verschiedene Varianten der Spaltung entwickelt. Die zu Grunde liegende Methode jedoch ist und bleibt dieselbe. Vereinfacht ausgedrückt: es werden Atome gespalten, dabei Neutronen freigesetzt, die wiederum andere Atome spalten, die wiederum Neutronen freisetzen. Der Verlust der Neutronen nach der jeweiligen Spaltung bedingt eine geringfügig kleinere Masse der Spaltungsprodukte; die kleinere Masse wiederum bedingt das Freisetzen von Energie ($E=mc^2$). Diese Energie äussert sich in Form von Wärme, erhitzt eine Flüssigkeit, der Druck betreibt eine Turbine, und der Mensch erhält seinen Strom.

High-Tech ist das längst nicht mehr. Aber wozu großartig forschen, wenn eine Methode existiert, die zwar nicht perfekt ist, aber funktioniert, und Geld verdient, und deren schadhafte Seiten vom Steuerzahler aufgefangen werden? Aus Sicht der Industrie ist es gut so, wie es ist. Es wäre an der Politik, Anreize zu schaffen, dass nach neuen Methoden gesucht wird, Kernenergie nutzbar zu machen, mit weniger oder bestenfalls gar keinen Belastungen für Umwelt und nachfolgende Generationen. Denn selbst ohne ein Studium der Kernphysik ist eines offensichtlich: die Methode ist veraltet, und schadhaft in ihren Nebenwirkungen – aber die politischen Rahmenbedingungen führen dazu, dass diese stinkende Cash-Cow eifrig weiter gemolken wird.

Die Realität ist, dass es in Deutschland abseits vom vollkommen neuen Ansatz der Kernfusion (bitte erzähl keiner den Grünen, dass es auch dabei um Nutzung böser Atomkraft geht) kaum noch nennenswerte Erforschung der Kernenergie mehr gibt, zumindest nicht über die theoretische Grundlagenforschung hinaus und in den Bereich der angewandten Physik hinein – und das gerade im Land großer physikalischer Denker wie Einstein, Heisenberg, Planck und Co. Der Grund dafür ist, dass der Markt für jegliche Forschung in diese Richtung mit dem Atomausstieg vollkommen zum Erliegen kommt. Anstatt also Anreize zu setzen, nach neuer und besserer

Methodik für die Nutzbarkeit der Kernenergie zu suchen, hat die Politik das genaue Gegenteil bewirkt: jenes Land, das maßgeblich an der Entwicklung dieser Technologie beteiligt war, und das wie kaum ein anderes dafür geeignet scheint, die Probleme dieser Technologie zu lösen, verabschiedet sich vollkommen aus dem Wettbewerb, und überlässt das Forschen anderen. Die Bemühungen im Bereich der Kernfusion wirken dahingehend wie ein vorgeschobenes, politisch-korrektes Alibi, das selbst eingeredete gute Gewissen: „Fusion“, das klingt viel besser als „Spaltung“! Dabei gilt es als gesichert, dass Kernfusion auf absehbare Zeit nicht mit positiver Energiebilanz funktionieren wird – fraglich sogar, ob es überhaupt jemals als Methode zur Energiegewinnung taugen könnte.

Stattdessen setzt man im Grünen Lager voll und ganz auf die viel gepriesenen erneuerbaren Energien. Und hier offenbart sich spätestens die fatale Widersprüchlichkeit grüner Politik. Tatsächlich sind es nicht nur Liberale, Konservative und Sozialdemokraten, die dem Einfluss von Lobbyisten aus der Energiewirtschaft erliegen. Auch die Grünen sind davon nicht befreit, nur sind es seltener die Betreiber von Atomkraftwerken, in deren Interesse sie Politik machen, als vielmehr die aus dem nichts heraus entstandenen Branchenprimusse so genannter nachhaltiger Energieformen, allen voran die Solarbranche, für deren Interessen sie eifrig zu Felde ziehen.

Dabei schafft es gerade die Solarbranche mittlerweile, ein ganzes, echtes, vollkommenes Prozent zum Strombedarf der Deutschen beizutragen. Dieses eine Prozent, das aus Sonnenenergie produziert wird, hat Milliarden und Abermilliarden an Förderungen und Subventionen gekostet. Eine ganze Branche wurde mit Steuermilliarden hochgezüchtet, Gelder, die schlussendlich – direkt oder indirekt – auf den Strompreis aller Deutschen aufgeschlagen werden. Der Ökosteuern sei Dank zahlt der Durchschnittsmichel weit mehr für den

Funken aus der Steckdose, als die überwältigende Mehrheit der Menschen auf dieser Erde.

Das Ergebnis dieses volkswirtschaftlich desaströsen Subventionsmechanismus – der sich nicht nur auf Solarstrom begrenzt – ist, dass Strom hierzulande bisweilen so teuer ist, dass ganze Branchen aus Deutschland abwandern, vor allem natürlich jene, die energieintensiv produzieren. Dazu zählt übrigens auch – und das ist wirklich der Höhepunkt des Widersinnigen – die Produktion von Solarzellen selber. Weltmarktführer für deren Produktion ist mittlerweile also nicht zufällig China, jenes Land, wo laufend ein neues Atomkraftwerk nach dem anderen ans Netz geht, und wo eine ganze Region unter einem Stausee versinkt, um den Durst nach billigem Strom zu stillen. Während jedoch die Produktion von Solarzellen – mitsamt der Arbeitsplätze – logischerweise dorthin wandert, wo die notwendige Energie am günstigsten zu haben ist, werden die meisten dieser Solarzellen nach wie vor in Deutschland verkauft. Tatsache ist, dass unser Land, Wolken und Regen zum Trotz, der weltweit größte Markt für den Verkauf ebenjener Solarzellen ist: mit 82 Millionen Einwohnern schaffen es die Weltenretter an Rhein, Spree, Elbe und Isar auf über 50% Weltmarktanteil – einem aberwitzigen Subventionskarussell sei Dank.

Und die Solarzellen sind nur die Spitze des Eisberges: in der Tat führt Grüne Politik dazu, dass jegliche energieintensive Produktion hierzulande mit derart gewaltigen Wettbewerbsnachteilen belastet ist, dass zunehmend viel davon nach Fernost verlagert wird. Das Resultat: dieselben Produkte werden am anderen Ende der Welt produziert, mit Strom aus Atomkraftwerken, ohne hiesige Standards in Sachen Umweltschutz und Werkssicherheit – von „Sozialer Gerechtigkeit“ für die dortigen Arbeiter, beispielsweise in Form von Renten-, Sozial- und Krankenversicherungen, ganz zu schweigen. Erkennbar ist dies am Boom der Seefracht: ein Containerschiff nach dem anderen läuft vom Stapel, weil die Produktion in Fernost

dermaßen viel günstiger ist, dass die Kosten für Verschiffung rund um den Globus geradezu marginal erscheinen.

Was die Umwelt davon hält? Wen interessiert das schon? In Augen der Grünen hört die Umwelt offensichtlich an der Landesgrenze auf. Man importiert ja schließlich auch lieber Atomstrom aus billigen, veralterten tschechischen Meilern, anstatt ihn hierzulande sicher selbst zu produzieren.

Das sind die Wahrheiten, die hinter all dem Zirkus verborgen sind: der Parade der Subkulturen, dem Karneval des Irrsinns, dem Festival der Anarchie. Dem Offenbarungseid der Dummheit, wäre man geneigt zu sagen. Denn „zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit,“ so Albert Einstein, „aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“ Guter Albert, zu Deinem Glück, kanntest Du die Grünen nicht.